

## STELLUNGNAHME

**der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V.**

**zum Inception Impact Assessment, Ref.Ares(2021)4402058-06/07/2021 –  
Revision of the EU legislation on animal welfare**

**16. August 2021**

### English version below

#### A. EINLEITUNG

Die Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V. begrüßt das Vorhaben der EU-Kommission, das Europäische Tierschutzrecht zu überarbeiten. Im Folgenden möchten wir Stellung nehmen zu dem Inception Impact Assessment und wichtige Punkte aufzeigen, unter deren Berücksichtigung eine Überarbeitung der Tierschutzgesetzgebung der EU erfolgen sollte.

#### B. KONTEXT UND PROBLEMBESCHREIBUNG

In Artikel 13 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) ist festgeschrieben, dass *„bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Union in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt (..) die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung [tragen]; sie berücksichtigen hierbei die*

*Rechts- und Verwaltungsvorschriften und die Gepflogenheiten der Mitgliedstaaten insbesondere in Bezug auf religiöse Riten, kulturelle Traditionen und das regionale Erbe.“*

Die EU hat weiter mehrere Tierschutzübereinkommen des Europarates unterzeichnet und ratifiziert und muss auch deren Inhalte umsetzen. Sie arbeitet ebenfalls aktiv mit der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) zusammen. Alle Mitgliedstaaten der EU sind ebenfalls Mitglieder der OIE.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit der EU (EFSA) berät die EU unabhängig und wissenschaftlich auch zum Thema Tierschutz.

Die Tierschutzgesetzgebung der EU wird also von vielen Seiten und Regelwerken beeinflusst.

Die Tierschutzgesetzgebung der EU umfasst den Schutz von Versuchstieren (Richtlinie 2010/63/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere – EU-TierversuchsRL), den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere – EU-NutztierhaltungsRL, Richtlinie 2008/120/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen – EU-SchweinehaltungsRL, Richtlinie 2008/119/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern – EU-KälberhaltungsRL, Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen – EU-LegehennenRL, Richtlinie 2007/43/EG des Rates vom 28. Juni 2007 mit Mindestvorschriften zum Schutz von Masthühnern – EU-MasthühnerRL), den Schutz von Tieren beim Transport (Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 – EU-TiertransportVO sowie Verordnung (EG) Nr. 1255/97 des Rates vom 25. Juni 1997 zur Festlegung



gemeinschaftlicher Kriterien für Aufenthaltsorte und zur Anpassung des im Anhang der Richtlinie 91/628/EWG vorgesehenen Transportplans – EU-KontrollstellenVO), den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates vom 24. September 2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung – EU-TierSchlachtVO) und auch den Schutz von Wildtieren.

Von dem aktuellen Überarbeitungsvorhaben die EU-Tierschutzgesetzgebung betreffend sind Regelungen über den Schutz von Wildtieren und über den Schutz von Versuchstieren ausgenommen, es sei denn, es geht um deren Schutz während des Transports (vgl. Inception Impact Assessment S. 1).

## **C. STELLUNGNAHME ZU REFORMBEDÜRFTIGEN PUNKTEN IM EUROPÄISCHEN TIERSCHUTZRECHT**

### **I. TIERTRANSPORTE**

Die maßgeblichen Verordnungen für Tiertransporte im EU-Tierschutzrecht sind die EU-TiertransportVO und die EU-KontrollstellenVO.

Die Tierschutzgesetzgebung der EU zum Tiertransport ist an vielen Stellen unzureichend. Im Folgenden sollen Vorschläge gemacht werden, wie das unzureichend gestaltete Recht im Sinne eines wirksamen Tierschutzes überarbeitet werden könnte.

#### **1. TIERTRANSPORTE ZEITLICH GRENZENLOS MÖGLICH**

Unter Anwendung der Vorgaben der EU-TiertransportVO (insbes. Anhang I Kapitel V EU-TiertransportVO) ist eine zeitlich unbegrenzte Beförderungsdauer von Tieren möglich. Diese ist unbedingt zu begrenzen auf eine maximal zulässige Gesamtbeförderungsdauer, die nicht



verlängerbar ist. Wir fordern eine maximale und nicht verlängerbare Gesamtbeförderungsdauer von acht Stunden für Zucht-, Mast- oder Schlachttiere und speziell für Geflügel eine maximale und nicht verlängerbare Gesamtbeförderungsdauer von vier Stunden.

## **2. VERSCHIEDENE VORSCHRIFTEN IN DER EU-TIERTRANSPORTVO UNZULÄNGLICH**

Verschiedene Definitionen der EU-TiertransportVO sind unzulänglich bzw. führen dazu, dass Transporte bis ins Grenzenlose verlängert werden können und bereits vor dem Transport Zuständigkeiten durch die Wirtschaftsbeteiligten ausgehebelt und umgangen werden können.

### **A) VERSANDORT IM SINNE VON ART. 2 BUCHST. R ii) EU-TIERTRANSPORTVO**

Die Vorschrift des Art. 2 Buchst. r ii) EU-TiertransportVO sollte ersatzlos gestrichen werden. Denn die Definition von „Versandort“ im Sinne von Art. 2 Buchst. r ii) EU-TiertransportVO führt dazu, dass Wirtschaftsteilnehmer (jedenfalls in Deutschland) Tiere auf weit entfernte Sammelstellen bringen, die ohne ordnungsgemäße Prüfung Transporte in bestimmte Tierschutz-Hochrisiko-Staaten genehmigen und/oder keinem Ländererlass unterliegen, in diese Staaten keine Transporte mehr zu genehmigen. Dazu gibt es in Deutschland folgende besondere Situation:

Die meisten der 16 deutschen Bundesländer haben erklärt, Tiertransporte in die 18 sog. Tierschutz-Hochrisikostaaaten nicht mehr abfertigen zu wollen, u. a., weil es auf dem Transportweg keine ausreichenden Kontrollstellen gibt bzw. dies nicht sicher ist. In einigen wenigen Bundesländern – vor allem Brandenburg und Niedersachsen – gibt es im Gegensatz dazu aber Veterinärämter, die Tiertransporte weiterhin abfertigen, auch dann, wenn keine ausreichend ausgestatteten Kontrollstellen nachgewiesen werden können, und



ebenso, wenn es auf dem Transport voraussehbar zu heiß wird oder wenn eine Schiffspassage geplant ist, auf der das Fahrtenbuch voraussehbar nicht weitergeführt wird. Die Transportunternehmer wissen ganz genau, in welchen fünf oder sechs Landkreisen mit Sammelstellen es jene Veterinärämter gibt, die nahezu jeden Tiertransport bedenkenlos abfertigen. Und jetzt kommt der Art. 2 Buchst. r ii) der EU-TiertransportVO ins Spiel – danach können Transportunternehmer auch Sammelstellen als Versandort auswählen, die Hunderte Kilometer vom Ort der ersten Verladung entfernt sind; die Tiere müssen dann dort nur sechs Stunden lang unangebunden geruht haben. Also suchen die Transportunternehmer sich Sammelstellen, die in den genannten fünf oder sechs Landkreisen liegen, aus, und erschleichen sich so die Zuständigkeit eines dieser Veterinärämter, auch wenn dies bedeutet, dass die Transporte zunächst 600 Kilometer von Süddeutschland nach Norddeutschland fahren, um dann von der Sammelstelle im Norden aus in Richtung Marokko genehmigt zu werden und von dort aus wieder in den Süden fahren. Das ist ein vollkommen rechtsstaatswidriger Zustand – dass sich der Rechtsunterworfenen, nämlich der Transportunternehmer, wegen Art. 2 Buchst. r ii) EU-TiertransportVO selbst aussuchen kann, welches Veterinäramt für die Abfertigung seines Transports zuständig sein soll. So etwas darf es in einem Rechtsstaat nicht geben.

Art. 2 Buchst. r ii) EU-TiertransportVO muss deshalb schnellstmöglich gestrichen werden.

## **B) BESTIMMUNGSORT IM SINNE VON ART. 2 BUCHST. S EU-TIERTRANSPORTVO**

Die Definition des „Bestimmungsorts“ nach Art. 2 Buchst. s i) und ii) EU-TiertransportVO führt dazu, dass Tiere (zeitlich und global) endlos weiter transportiert werden können. Denn der Bestimmungsort im Sinne der EU-TiertransportVO ist definiert als

*„der Ort, an dem ein Tier von einem Transportmittel entladen und*

*i) während mindestens 48 Stunden vor seiner Weiterbeförderung untergebracht wird oder*



*ii) geschlachtet wird.“*

Die Definition, dass ein Bestimmungsort derjenige sein soll, an dem ein Tier von einem Transportmittel entladen und während mindestens 48 Stunden vor seiner Weiterbeförderung untergebracht wird, steht diametral zu dem Verständnis des Begriffs Bestimmungsort nach dem eigentlichen Zweck, den der Begriff erfüllen soll.

Da nach dem allgemeinen Verständnis der Bestimmungsort gerade nicht der Ort ist, an dem sich ein Tier nur 48 Stunden aufhält und dann weitertransportiert wird, wird diesseits vorgeschlagen, Art. 2 Buchst. s EU-TiertransportVO wie folgt zu fassen:

*„der Ort, an dem ein Tier von einem Transportmittel entladen und*

*i) zu Zuchtzwecken in einen Herdenverband integriert und gehalten oder*

*ii) geschlachtet wird.“*

Nur diese Definition ist eine solche, die ein Rechtsunterworfener nach allgemeinem Verständnis des Begriffs „Bestimmungsort“ auch als solchen versteht. Es ist nämlich der Ort, an dem das Tier seiner „Bestimmung“ zugeführt wird. Ein Weitertransport nach 48 Stunden ist keine Bestimmung im Sinne des EU-Tierschutzrechts.

### **C) ERWEITERUNG DER MÖGLICHKEITEN DER BEHÖRDEN AM VERSANDORT**

Gemäß Art. 3 Satz 1 EU-TiertransportVO darf niemand eine Tierbeförderung durchführen oder veranlassen, wenn den Tieren dabei Verletzungen oder unnötige Leiden zugefügt werden könnten.

Das Verbot der Durchführung oder Veranlassung einer Tierbeförderung sollte dahingehend erweitert werden, dass niemand eine Tierbeförderung durchführen oder veranlassen darf, wenn den Tieren dabei oder in absehbarer Zeit nach Abschluss der Beförderung Verletzungen oder unnötige Leiden zugefügt werden könnten.

Es ergibt sich schon aus dem Erwägungsgrund Nummer 6 zur EU-TiertransportVO, dass in Zukunft strengere Vorschriften zur Verhinderung von Schmerzen und Leiden eingeführt werden, die im *„Interesse einer artgerechten Tierbehandlung und zum Schutz der Gesundheit der Tiere während und nach dem Transport“* eingeführt werden sollten. Insbesondere im Hinblick auf die mittlerweile hinlänglich bekannten Behandlungs- und Schlachtmethoden in bestimmten Tierschutz-Hochrisikostaaten ist eine Erweiterung der Möglichkeiten der Behörden, eine Beförderung zu verhindern, wenn den Tieren in absehbarer Zeit nach dem Transport Leiden zugefügt werden könnten, dringend angebracht. Die Tierschutz-Hochrisikostaaten sind folgende: Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Eritrea, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Kirgistan, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tadschikistan, Türkei, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan.

### **3. VERBOT DER BEFÖRDERUNG LEBENDER „NUTZ“TIERE IN TIERSCHUTZ-HOCHRISIKOSTAATEN**

Ein Verbot der Beförderung lebender sogenannter Nutztiere in Tierschutz-Hochrisikostaaten ist lange überfällig und kann durch den Transport von Fleisch oder Sperma ersetzt werden. Für die Staaten Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Eritrea, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Kirgistan, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tadschikistan, Türkei, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan liegen hinreichend genaue und ausreichende Informationen vor, dass angebliche Zuchttiere in diesen Staaten nicht zum Aufbau einer Zucht genutzt, sondern unter schlimmen Bedingungen behandelt und geschächtet werden. Sogar das Europäische Parlament hat dies so bestätigt. Es *„äußert seine Besorgnis darüber, dass immer wieder von Problemen hinsichtlich Tiertransporten und Tierschutz in bestimmten Drittländern berichtet wird; weist darauf hin, dass Schlachtungen in bestimmten Drittländern, in die Tiere von der EU aus transportiert werden, mit extremem und langdauerndem Leiden und regelmäßigen Verstößen gegen internationale Normen der OIE für den Tierschutz bei Schlachtungen einhergehen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, soweit möglich den Übergang hin zu Transporten von Fleisch oder Schlachtkörpern anstelle von*



*lebenden Tieren sowie von Sperma oder Embryonen anstelle von Zuchttieren in Drittländer zu fördern, auch wenn aus den Drittländern häufig lebende Tiere nachgefragt werden;*“ (EU-Parlament, Entschließung vom 14. Februar 2019 (2018/2110(INI)), abrufbar unter [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0132\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0132_DE.html)).

#### **4. VERBOT DES TRANSPORTS NICHT-ABGESETZTER TIERE**

Neben dem Exportverbot in Tierschutz-Risikostaaten bedarf es ebenfalls eines kompromisslosen Verbots der Beförderung nicht-abgesetzter Tiere. So werden allein aus Deutschland jährlich zehntausende nicht-abgesetzte Kälber in weit entfernte Mastbetriebe in Spanien transportiert. Viele Tiere sterben auf dem Transport oder nach dem Transport. Die Tiere leiden Hunger und werden krank, denn sie werden nicht artgerecht versorgt und können auch nicht artgerecht versorgt werden: Denn eine über Tage völlig ausbleibende – wie oft in der Praxis – oder erheblich reduzierte Fütterung hat erhebliche Auswirkungen auf das noch nicht vollständig ausgebildete Immunsystem der bereits durch den Transport stark belasteten Kälber. Das noch nicht ausgebildete Immunsystem macht die Kälber und andere nicht-abgesetzte Tiere zu vulnerablen Tiergruppen. Durch einen in dieser sensiblen Phase erfolgenden Umgebungswechsel, verbunden mit dem Transportstress, werden sowohl die Morbidität insbesondere für Durchfallerkrankungen und Pneumonien als auch die Mortalität deutlich erhöht – dies wirkt sich noch bis zu drei Wochen nach Ankunft im Zielbestand aus.

Zum Schutz der Tiere ist hier ein Transportverbot das einzig geeignete Mittel, um dieser Tierkategorie den Schutz zu gewährleisten, der notwendig ist. Ein solches Transportverbot sollte auch trächtige Tiere erfassen (nicht erst in einem Gestationsstadium von 90 % oder mehr, wie es aktuell in Anhang I Kapitel 1 Nr. 2 c) EU-TierschutztransportVO vorgesehen ist).





## 5. VERBOT VON LEBENDTIERTRANSPORTEN AUF TIERTRANSPORTSCHIFFEN

Wir fordern weiter ein Verbot, lebende „Nutz“tiere auf Tiertransportschiffen zu transportieren. Die Vorkommnisse zu Beginn des Jahres 2021 auf den Schiffen *Karim Allah* und *Elbeik* haben gezeigt, dass weder eine schnellstmögliche Entladung der Tiere im Zielland gewährleistet werden kann, wenn dieses die Anlandung der Schiffe verweigert, noch, dass die Tiere dann in Europa wieder problemlos entladen werden können. Letztlich wurden tausende Rinder im Hafen von Cartagena in Spanien getötet. Dieses Szenario kann jederzeit wieder passieren – nur mit einem Verbot des Lebendtierexports per Schiff kann dem vorgebeugt werden. Dies diene nicht nur dem Tierschutz, sondern würde auch die Verbreitung von Zoonosen weltweit eindämmen.

Weiter ist es nicht möglich, bei Tiertransporten via Tiertransportschiff die tierschutzrechtlichen Vorgaben der EU-TiertransportVO einzuhalten, wie sie vom EuGH (Urteil vom 23. April 2015 – C-424/13 –, Zuchtvieh-Export GmbH ./ Stadt Kempten) konkretisiert wurden, wonach das Fahrtenbuch bis zum Bestimmungsort zu führen ist, weil die gesamte Strecke des Transports bis zum Bestimmungsort der Kontrolle der Behörde am Versandort unterliegt und auf der gesamten Strecke die Vorgaben der EU-TiertransportVO sowie der EU-KontrollstellenVO einzuhalten sind: Findet eine Beförderung mit einer Schiffspassage auf einem Tiertransportschiff statt, so ist es in der Praxis faktisch nicht mehr möglich, das Fahrtenbuch für die Strecke vom Anlandehafen – der selbst nicht die Voraussetzungen an einen Bestimmungsort erfüllt – bis zum Bestimmungsort im Drittland weiterzuführen. Das liegt daran, dass ein Fahrtenbuch immer eine „Sendung“ zum Gegenstand hat, mithin eine bestimmte Anzahl konkret durch die Ohrmarken identifizierbarer Tiere, die in der Transportplanung/dem Fahrtenbuch konkret aufgelistet werden. Diese Tiere werden beim Auftreiben auf das Tiertransportschiff stets voneinander getrennt, so dass die „Sendung“, für die das Fahrtenbuch angelegt ist, welches eigentlich bis zum Bestimmungsort weitergeführt werden muss, aufgelöst ist. Im Anlandehafen ist es nicht mehr möglich, die Sendung wieder zur Sendung im Sinne des Fahrtenbuchs zusammenzuführen, um auch das



Fahrtenbuch für diese konkrete Sendung weiter – bis zum Bestimmungsort – weiterführen zu können. Zudem ist nicht sichergestellt, dass die im Fahrtenbuch aufgeführten Tiere einer Sendung auch tatsächlich den dort aufgeführten Bestimmungsort erreichen.

Das bestehende EU-Tierschutzrecht kann also nur dann eingehalten werden, wenn Beförderungen via Tiertransportschiff verboten werden. Dass geplante Beförderungen über den Seeweg via Tiertransportschiff bereits nicht genehmigungsfähig sind, ignorieren die Behörden am Versandort bislang augenscheinlich, da jeden Tag erneut Transportabschnitte via Tiertransportschiff durchgeführt werden.

## **II. TIERSCHUTZ IN DER HALTUNG**

Die maßgeblichen Rechtsakte im europäischen Tierschutzrecht sind die EU-NutztierhaltungsRL, die EU-SchweinehaltungsRL, die EU-KälberhaltungsRL, die EU-LegehennenRL und die EU-MasthühnerRL).

Weltweiter Tierschutzstandard sind die Fünf Freiheiten, die Freiheit von Hunger und Durst, die Freiheit von Unwohlsein, die Freiheit von Schmerz, Verletzung und Krankheit, die Freiheit, normales Verhalten an den Tag zu legen und die Freiheit von Angst und Stress. Seit 1998 bilden die Fünf Freiheiten auch die Grundlage der Tierschutzpolitik der Europäischen Union. Sie müssen daher auch im Europäischen Tierschutzrecht konsequent verwirklicht werden.

### **1. KOMPROMISSLOSE ABSCHAFFUNG DER KÄFIGHALTUNG SOWIE DER FIXIERUNG VON TIEREN**

Nach dem klaren Votum der europäischen Bürger im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ ist die kompromisslose Abschaffung der Käfighaltung sowie die Fixierung von Tieren jeglicher Art beispielsweise im Ferkelschutzkorb, in der Anbindehaltung von Rindern, im Kastenstand im Deckzentrum oder in der Einzelhaltung von Kälbern eine unbedingte Forderung.



## **2. ERLASS WEITERER VORGABEN FÜR ANDERE TIERARTEN, DIE IN LANDWIRTSCHAFTLICHEN TIERHALTUNGEN GENUTZT WERDEN**

Neben den bereits vorhandenen Richtlinien speziell Legehennen, Schweine, Kälber und Masthühner betreffend ist auch die Regulierung der Haltung anderer Tierarten unbedingt erforderlich. Neben Kaninchen, Fischen in Aquakultur, Puten, Enten, Gänsen, Truthähnen, Wachteln und Milchvieh sind auch spezielle Vorgaben zum Schutz von Mastrindern und Pelztieren nötig, um den Tierschutz EU-weit voranzubringen und auch für diese Tiere den notwendigen Schutz durch Regulierung ihrer Haltungsbedingungen zu gewährleisten.

Wir fordern auch ein striktes Verbot der Zwangsfütterung von Enten und Gänsen für Foie Gras. Dies fordert auch das Europäische Parlament in seiner Resolution vom 10. Juni 2021 zur Europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“: „(...); *calls on the Commission to put forward proposals to ban the cruel and unnecessary force-feeding of ducks and geese for the production of foie gras; (...)*“ (European Parliament resolution of 10 June 2021 on the European Citizens' Initiative 'End the Cage Age' (2021/2633(RSP)), abrufbar unter [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0295\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0295_EN.pdf)).

## **3. VERBOT VON EINGRIFFEN AN TIEREN ZUM ZWECKE DER ANPASSUNG AN HALTUNGSSYSTEME ODER WIRTSCHAFTSFORDERUNGEN**

Mit der Beendigung der Käfighaltung und der Fixierung von Tieren müssen auch Verbote von Eingriffen an Tieren einhergehen, die den Zweck haben, die Tiere an Haltungssysteme anzupassen (beispielsweise Schwänzekupieren, Schnäbelkupieren oder Herausbrechen der Eckzähne bei männlichen Ferkeln) oder die Tiere an vermeintliche Marktforderungen anzupassen (wie beispielsweise beim Kastrieren männlicher Ferkel). Nur mit einem Verbot dieser Praktiken wird dem Interesse der Tiere auf Unversehrtheit in angemessener Weise Rechnung getragen.

#### **4. ZULASSUNGSVERFAHREN FÜR HALTUNGSEINRICHTUNGEN**

Die neueren Empfehlungen des Ständigen Ausschusses zum Europäischen Tierhaltungsübereinkommen fordern, dass neue Haltungsmethoden, Ausrüstungen oder Stallungen unter dem Aspekt von Gesundheit und Wohlbefinden für die Tiere eingehend geprüft werden sollen. Es ordnet verbindlich für seine Mitglieder, zu denen auch die EU und die Bundesrepublik Deutschland zählen, an: *„Werden Prüfungen durchgeführt, dürfen neue Verfahren erst Eingang in die landwirtschaftliche Praxis finden, wenn sie für zufriedenstellend befunden worden sind.“* (vgl. u. a. Art. 8 Abs. 2 der Empfehlung des Ständigen Ausschusses in Bezug auf Haushühner der Art Gallus Gallus vom 28. November 1995).

Ein EU-weites Zulassungsverfahren für Haltungssysteme wird hiermit ausdrücklich gefordert. Für die Prüfung zugrunde gelegt werden müssen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu dem Verhalten von Tieren; es muss eine unabhängige Prüfung durch eine unabhängige Behörde durchgeführt werden, die nicht interessengeleitet aus landwirtschaftlichen Interessensgruppen besteht.

#### **5. ZUCHTVORGABEN, DIE QUALZUCHTEN ZUM ERGEBNIS HABEN, AUS DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN TIERHALTUNG VERBANNEN**

Wir fordern weiter konkrete Vorgaben für die Zucht von Tieren, die bislang ausschließlich auf wirtschaftliche Faktoren wie viel Fleisch, hohe Legeleistung, viele Zitzen, viel Milch usw. ausgerichtet ist. Dies bedeutet erhebliches Leid für die Tiere und muss gesetzlich reguliert werden. Nur so kann die Wertentscheidung des Artikels 13 AEUV umgesetzt werden.



### III. SCHLACHTEN

Mit der EU-TierSchlachtVO setzt die Europäische Union Standards im Tierschutz zum Zeitpunkt der Tötung. Wir wollen im Folgenden auf drei dringend überarbeitungsbedürftige Punkte hinweisen.

#### 1. VERBOT TIERQUÄLERISCHER BETÄUBUNGSMETHODEN – CO<sub>2</sub>

Insbesondere mit der immer noch erlaubten CO<sub>2</sub>-Betäubung widerspricht sich die EU-TierSchlachtVO selbst und erlaubt eine Betäubungsmethode, die nicht mit der Zielrichtung der Verordnung – dem Tierschutz – und auch nicht mit den in der EU-TierSchlachtVO niedergelegten Vorgaben zusammenpasst:

Nach Art. 2 Buchst. f EU-TierSchlachtVO ist Betäubung *„jedes bewusst eingesetzte Verfahren, das ein Tier ohne Schmerzen in eine Wahrnehmungs- und Empfindungslosigkeit versetzt, einschließlich jedes Verfahrens, das zum sofortigen Tod führt; (...)“*.

In Art. 3 Abs. 1 EU-TierSchlachtVO heißt es: *„Bei der Tötung und damit zusammenhängenden Tätigkeiten werden die Tiere von jedem vermeidbarem Schmerz, Stress und Leiden verschont.“*

Seit 2004 ist durch die EFSA wissenschaftlich ausgearbeitet, dass die CO<sub>2</sub>-Betäubung Tierquälerei ist (vgl. EFSA Journal (2004), 45, Welfare aspects of the main systems of stunning and killing the main commercial species of animals, abrufbar unter <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2004.45>).

Die EU selbst hätte aufgrund des EFSA-Gutachtens von 2004 tätig werden können und die erst 2009 erlassene EU-TierSchlachtVO ohne die tierquälerei CO<sub>2</sub>-Betäubung erlassen können. Seitens der EU wurde aber in dem Wissen, dass die CO<sub>2</sub>-Betäubung schlimme Tierquälerei ist, die EU-TierschlachtVO im Jahr 2009 mit der CO<sub>2</sub>-Betäubung als erlaubter Betäubungsmethode erlassen und in dem Erwägungsgrund Nummer 6 der EU-

TierSchlachtVO diametral zu dem tierschützerischen Zweck der Verordnung und entgegen Art. 2 Buchst. f und Art. 3 Abs. 1 der EU-TierSchlachtVO betont:

*„Die Empfehlungen, den Einsatz von Kohlendioxid bei Schweinen sowie den Einsatz von Wasserbadbetäubern für Vögel bei Geflügel schrittweise einzustellen, werden nicht in diese Verordnung eingearbeitet, da die Folgenabschätzung ergeben hat, dass solch eine Empfehlung derzeit in der EU aus wirtschaftlicher Sicht nicht tragbar ist.“*

Die EU-TierSchlachtVO führt sich mit der Anführung des CO<sub>2</sub>-Betäubungsverfahrens als erlaubtes Verfahren selbst ad absurdum, weil die CO<sub>2</sub>-Betäubung nichts mit dem Schutz von Tieren und einer Betäubung ohne Schmerzen und auch nichts mit der Verschonung von Tieren von jedem vermeidbaren Schmerz, Stress und Leiden zu tun hat, sondern alleine wirtschaftlichen Interessen geschuldet ist. Dies entspricht nicht dem in Art. 13 AEUV dargestellten Selbstverständnis der EU, dass diese Tiere als fühlende Wesen achtet und dem Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung trägt. Eine aktuelle Studie benennt es deutlich: *„(...), high concentrations of CO<sub>2</sub> have been known for decades to cause pain, fear and distress in pigs before loss of consciousness, and the stunning method is clearly associated with animal welfare concerns.“* Sie bemängelt: *„(...) Conclusion: It seems clear that high-concentration CO<sub>2</sub> stunning of pigs is associated with animal welfare concerns. Sixteen years have passed since 2004, when EFSA first stated that there was a need to develop non-aversive gas stunning methods for slaughter of pigs, and yet only 15 scientific peer-reviewed empirical studies were found addressing this issue (...).“* (Sindhoj et. al. Review: Potential alternatives to high-concentration carbon dioxide stunning of pigs at slaughter, animal 2021, DOI: 10.1016/j.animal.2020.100164).

Nur durch ein Verbot der CO<sub>2</sub>-Betäubung kann dem Artikel 13 AEUV wirksam Rechnung getragen werden.



## **2. VERBOT TIERQUÄLERISCHER BETÄUBUNGSMETHODEN – BETÄUBUNG IM WASSERBAD FÜR GEFLÜGEL**

Wir fordern weiter ein Verbot der Betäubung von Geflügel im elektrischen Wasserbad. Ebenso wie für die CO<sub>2</sub>-Betäubung bei Schweinen hat die EFSA im Jahr 2004 bereits die Tierschutzprobleme der Wasserbad-Betäubung angemahnt (<https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2004.45>). Wir fordern auch hier, den Tierschutzartikel 13 des AEUV ernst zu nehmen und seit langem bekannte Tierschutzprobleme, die in sehr hoher Zahl in der gesamten Europäischen Union relevant sind, durch Verbote auch dieser Betäubungsmethode zu beenden.

## **3. ZULASSUNGSVERFAHREN UND REGELMÄßIGE PRÜFPFLICHT FÜR BETÄUBUNGS- UND RUHIGSTELLUNGSEINRICHTUNGEN**

Entsprechend der oben geforderten Zulassungsverfahren und Prüfpflichten für Haltungssysteme in landwirtschaftlichen Tierhaltungen müssen auch für die Tötung von Tieren eingesetzte Geräte, Einrichtungen und Verfahren zugelassen, zertifiziert und einer regelmäßigen Prüfpflicht unterzogen werden.

## **4. FÖRDERUNG UND ERLEICHTERTE BEDINGUNGEN FÜR MOBILE WEIDESCHLACHTUNG**

Wir fordern ebenfalls den Ausbau durch erleichterte Zulassungen und Betriebsweisen sowie die Förderung von mobilen Weideschlachtungs-Systemen. Hierbei sollte es keine Beschränkung auf einzelne Tierarten geben.

---

Dr. Christoph Maisack  
**Erster Vorsitzender**

Dr. Barbara Felde  
**Stellvertretende Vorsitzende**



## **OPINION**

**of the German Legal Society for Animal Welfare Law**

**on the Inception Impact Assessment, Ref.Ares(2021)4402058-06/07/2021 –  
Revision of the EU legislation on animal welfare**

**16 August 2021**

### **A. INTRODUCTION**

The German Legal Society for Animal Protection welcomes the EU Commission's plan to revise the European animal protection law. In the following, we would like to comment on the Inception Impact Assessment and highlight important points that should be taken into account when revising the EU's animal protection legislation.

### **B. CONTEXT AND DESCRIPTION OF THE PROBLEM**

Article 13 of the Treaty on the Functioning of the EU (TFEU) states that *"in formulating and implementing the Union's agriculture, fisheries, transport, internal market, research and technological development and space policies, the Union and the Member States shall, since animals are sentient beings, pay full regard to the welfare requirements of animals, while respecting the legislative or administrative provisions and customs of the Member States relating in particular to religious rites, cultural traditions and regional heritage"*.





The EU has also signed and ratified several animal welfare conventions of the Council of Europe and must also implement their contents. The EU also actively cooperates with the World Organisation for Animal Health (OIE). All EU Member States are also members of the OIE.

The EU's European Food Safety Authority (EFSA) also provides independent scientific advice to the EU on animal welfare.

So EU animal welfare legislation is influenced by many sides and sets of rules.

EU animal welfare legislation includes the protection of laboratory animals (Directive 2010/63/EU of the European Parliament and of the Council of 22 September 2010 on the protection of animals used for scientific purposes – EU Experimental Animals Directive), the protection of animals kept for farming purposes (Council Directive 98/58/EC of 20 July 1998 concerning the protection of animals kept for farming purposes – EU Farm Animals Directive, Council Directive 2008/120/EC of 18 December 2008 concerning minimum standards for the protection of pigs – EU Directive on the protection of pigs, Council Directive 2008/119/EC of 18 December 2008 laying down minimum standards for the protection of calves – EU Calf Directive, Council Directive 1999/74/EC of 19 July 1999 laying down minimum standards for the protection of laying hens – EU Laying Hen Directive, Council Directive 2007/43/EC of 28 June 2007 laying down minimum standards for the protection of broiler chicken – EU broiler chicken Directive, the protection of animals during transport (Council Regulation (EC) No 1/2005 of 22 December 2004 on the protection of animals during transport and related operations and amending Directives 64/432/EEC and 93/119/EC and Regulation (EC) No 1255/97 – EU Animal Transport Regulation, and Council Regulation (EC) No 1255/97 of 25 June 1997 laying down Community criteria for the assessment of the welfare of animals during transport – EU Control Point Regulation, the protection of animals at the time of killing (Council Regulation (EC) No 1099/2009 of 24 September 2009 on the protection of animals at the time of killing – EU Animal Slaughter Regulation) and also the protection of wild animals.



The current revision of the EU animal welfare legislation excludes provisions on the protection of wild animals and on the protection of laboratory animals, unless it concerns their protection during transport (so Inception Impact Assessment p. 1).

## **C. OPINION ON POINTS IN NEED OF REFORM IN EUROPEAN ANIMAL WELFARE LAW**

### **I. ANIMAL TRANSPORTS**

The relevant regulations for animal transport in EU animal welfare law are the EU Animal Transport Regulation and the EU Control Point Regulation.

The EU animal welfare legislation on animal transport is inadequate in many places. In the following, suggestions will be made as to how the inadequately designed legislation could be revised in the interests of effective animal welfare.

#### **1. ANIMAL TRANSPORTS POSSIBLE WITHOUT TIME LIMITS**

By applying the provisions of the EU Animal Transport Regulation (in particular Annex I Chapter V EU Animal Transport Regulation), it is possible to transport animals for an unlimited period of time around the world. It is imperative that this is limited to a maximum permissible total transport duration, which cannot be extended. We demand a maximum and non-extendable total journey time of eight hours for breeding, fattening or slaughter animals and specifically for poultry a maximum and non-extendable total journey time of four hours.



## **2. VARIOUS PROVISIONS IN THE EU ANIMAL TRANSPORT REGULATION INADEQUATE**

Various definitions in the EU Animal Transport Regulation are inadequate or lead to the fact that transports can be extended to the point of no return and that responsibilities can already be undermined and circumvented by the economic operators before the transport.

### **A) PLACE OF DISPATCH WITHIN THE MEANING OF ART. 2 LIT. R ii) EU ANIMAL TRANSPORT REGULATION**

The provision of Art. 2 lit. r ii) EU Animal Transport Regulation should be deleted without replacement. This is because the definition of "place of dispatch" within the meaning of Art. 2 lit. r ii) EU-TierransportVO leads to economic operators (at least in Germany) bringing animals to distant assembly centres which authorise transports to certain high-risk animal welfare states without proper inspection and/or are not subject to a state decree to no longer authorise transports to these states. The following special situation exists in Germany in this regard: Most of the 16 German federal states have declared that they no longer wish to handle animal transports to the 18 so-called animal welfare high-risk countries, among other reasons because there are no sufficient control points on the transport route or it is not safe that there are functional control points. However, in a few federal states – especially Brandenburg and Lower Saxony – there are veterinary offices that continue to approve animal transports, even if there is no evidence of adequately equipped control points, and also if it is foreseeably too hot on the transport or if a ship passage is planned where the logbook is foreseeably not kept. The transporters know exactly in which five or six counties with assembly centres there are veterinary offices that approve almost every animal transport without hesitation. And now Article 2 lit. r ii) of the EU Animal Transport Regulation comes into play – it allows transporters to choose assembly centres hundreds of kilometres away from the place of first loading as the place of dispatch; the animals then only have to



have rested there for six hours without being restrained. So they choose assembly centres located in the five or six counties mentioned, and thus trick themselves into the jurisdiction of one of these veterinary offices. Even if this means that the transports first travel 600 kilometres from southern Germany to northern Germany, only to be approved from the collection point in the north in the direction of Morocco and from there travel back to the south. This is completely contrary to the rule of law – that the person subject to the law, namely the transporter, can choose for himself which veterinary office is to be responsible for the clearance of his transport because of Art. 2 lit. r ii) EU Animal Transport Regulation. Such a thing should not exist in a constitutional state.

Art. 2 lit. r ii) EU Animal Transport Regulation must therefore be deleted as soon as possible.

## **B) PLACE OF DESTINATION WITHIN THE MEANING OF ART. 2 LIT. S EU ANIMAL TRANSPORT REGULATION**

The definition of "place of destination" according to Art. 2 lit. s i) and ii) EU Animal Transport Regulation leads to the fact that animals can be transported on (temporally and globally) endlessly. This is because the place of destination within the meaning of the EU Animal Transport Regulation is defined as

*"the place where an animal is unloaded from a means of transport and*

*(i) housed for at least 48 hours before being transported onwards; or*

*(ii) slaughtered."*

The definition that a place of destination should be the place where an animal is unloaded from a means of transport and housed for at least 48 hours before its onward journey is diametrically opposed to the understanding of the term place of destination according to the actual purpose that the term is intended to fulfil.

Since, according to the general understanding, the place of destination is precisely not the place where an animal stays for only 48 hours and is then further transported, it is suggested on this side that Art. 2 lit. s EU Animal Transport Regulation be worded as follows:

*"the place where an animal is unloaded from a means of transport and*

*(i) integrated and kept in a herd for breeding purposes; or*

*(ii) slaughtered."*

Only this definition is one that a person subject to the law, according to a general understanding of the term "place of destination", understands as such. It is namely the place where the animal is taken to its "destination". Onward transport after 48 hours is not a destination in the sense of EU animal welfare law.

### **C) EXTENSION OF THE POSSIBILITIES OF THE AUTHORITIES AT THE PLACE OF DISPATCH**

According to Art. 3 sentence 1 of the EU Animal Transport Regulation, no person may carry out or cause the carriage of animals if injury or unnecessary suffering could be caused to the animals.

The prohibition on performing or causing the transport of animals should be extended to the effect that no person may perform or cause the transport of animals if injury or unnecessary suffering could be caused to the animals in the process or in the foreseeable future after completion of the transport.

It already follows from recital number 6 to the EU Animal Transport Regulation that stricter rules to prevent pain and suffering will be introduced in the future, which should be introduced in the *"interest of animal welfare and to protect the health of animals during and after transport"*. Particularly in view of the treatment and slaughter methods in certain high-risk animal welfare countries, which are now well known, it is urgent to extend the



possibilities of the authorities to prevent a transport if suffering could be inflicted on the animals in the foreseeable future after the transport. The high-risk animal welfare countries are the following: Algeria, Armenia, Azerbaijan, Egypt, Eritrea, Iraq, Iran, Jordan, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Lebanon, Libya, Morocco, Syria, Tajikistan, Turkey, Tunisia, Turkmenistan, Uzbekistan, Yemen.

### **3. BAN ON THE TRANSPORT OF LIVE LIVESTOCK-ANIMALS TO ANIMAL WELFARE HIGH RISK STATES**

A ban on the transport of live livestock animals to animal welfare high-risk states is long overdue and can be replaced by the transport of meat or semen. For the states of Algeria, Armenia, Azerbaijan, Eritrea, Egypt, Iraq, Iran, Jordan, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Lebanon, Libya, Morocco, Syria, Tajikistan, Turkey, Tunisia, Turkmenistan, Uzbekistan, there is sufficiently accurate and sufficient information that alleged breeding animals in these states are not used for breeding but are treated and slaughtered under terrible conditions. Even the European Parliament has confirmed this. It *"expresses its concern at the recurrent reports of problems concerning animal transport and welfare in certain third countries; points out that slaughter in certain third countries to which animals are transported from the EU is accompanied by extreme and prolonged suffering and regular breaches of OIE international standards for animal welfare at slaughter; Calls on the Commission and the Member States to encourage, as far as possible, the transition towards transporting meat or carcasses instead of live animals and semen or embryos instead of breeding animals to third countries, even if live animals are frequently demanded from third countries;"* (EU Parliament, resolution of 14. February 2019 (2018/2110(INI)), available at [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0132\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0132_DE.html)).



#### **4. BAN ON THE TRANSPORT OF NON-WEANED ANIMALS**

In addition to the ban on exports to animal welfare risk countries, there is also a need for an uncompromising ban on the transport of non-weaned animals. Every year, tens of thousands of non-weaned calves are transported from Germany to far-away fattening farms in Spain. Many animals die during or after transport. The animals suffer from hunger and become ill because they are not cared for in a manner appropriate to their species and cannot be cared for in a manner appropriate to their species: This is because a complete lack of feeding for days – as is often the case in practice – or considerably reduced feeding has a considerable impact on the not yet fully developed immune system of the calves, which have already been severely stressed by the transport. The not yet developed immune system makes calves and other non-weaned animals vulnerable groups of animals. A change of environment during this sensitive phase, combined with the stress of transport, significantly increases morbidity, especially for diarrhoeal diseases and pneumonia, as well as mortality – and this continues to have an effect for up to three weeks after arrival in the target herd.

In order to protect the animals, a transport ban is the only suitable means to ensure the necessary protection for this animal category. Such a transport ban should also cover pregnant animals (not only at a gestation stage of 90 % or more, as currently provided for in Annex I, Chapter 1, No. 2 c) EU Animal Transport Regulation).

#### **5. BAN ON LIVE ANIMAL TRANSPORTS ON ANIMAL TRANSPORT VESSELS**

We further demand a ban on the transport of live livestock animals on animal transport vessels. The incidents at the beginning of 2021 on the ships *Karim Allah* and *Elbeik* have shown that neither the fastest possible unloading of the animals in the destination country can be guaranteed if the latter refuses to land the ships, nor that the animals can then be unloaded again in Europe without any problems. In the end, thousands of cattle were killed in the port of Cartagena in Spain. This scenario can happen again at any time – only a ban



on live animal exports by ship can prevent it. This would not only serve animal welfare, but would also curb the spread of zoonoses worldwide.

Furthermore, it is not possible to comply with the animal welfare requirements of the EU Animal Transport Regulation for animal transports via animal transport ship, as specified by the ECJ (ECJ, judgement of 23 April 2015 – C-424/13 –, Zuchtvieh-Export GmbH ./ Stadt Kempten), according to which the logbook must be kept up to the place of destination, because the entire route of the transport up to the place of destination is subject to the control of the authority at the place of dispatch and the requirements of the EU Animal Transport Regulation and the EU Control Point Regulation must be complied with along the entire route: If a transport takes place with a ship's passage on an animal transport ship, it is in practice no longer possible to continue the journey log for the route from the port of landing – which itself does not fulfil the requirements for a place of destination – to the place of destination in the third country. This is due to the fact that a journey log always deals with a "consignment", i.e. a certain number of animals that can be specifically identified by their eartags and which are specifically listed in the transport planning/ journey log. These animals are always separated from each other when they are driven onto the animal transport vessel, so that the "consignment" for which the logbook is created, which actually has to be continued until the destination, is dissolved. At the port of landing, it is no longer possible to reunite the consignment as a consignment in the sense of the logbook in order to be able to continue the logbook for this specific consignment up to the place of destination. In addition, it is not guaranteed that the animals of a consignment listed in the logbook actually reach the destination listed in the logbook.

The existing EU animal welfare legislation can therefore only be complied with if transport via animal transport vessel is prohibited. The authorities at the place of dispatch have apparently ignored the fact that planned transports by sea via animal transport vessel are already ineligible for authorisation, as transport sections via animal transport vessel are carried out again every day.





## **II. ANIMAL WELFARE IN HUSBANDRY**

The relevant legal acts in European animal welfare law are the EU Farm Animals Directive, the EU Directive on the protection of pigs, the EU Calf Directive, the EU Laying Hen Directive and the EU Broiler chicken Directive.

The global animal welfare standard is the Five Freedoms, freedom from hunger and thirst, freedom from discomfort, freedom from pain, injury and disease, freedom to exhibit normal behaviour and freedom from fear and stress. Since 1998, the Five Freedoms have also formed the basis of the European Union's animal welfare policy. They must therefore also be consistently implemented in European animal welfare law.

### **1. UNCOMPROMISING ENDING THE CAGE AGE AND ANY RESTRAINT OF ANIMALS**

After the clear vote of the European citizens in the framework of the European Citizens' Initiative "End the Cage Age", the uncompromising abolition of caging as well as the restraint of animals of any kind, for example in the piglet protection cage, in the tethering of cattle, in the box stall in the mating centre or in the individual keeping of calves, is an unconditional demand.

### **2. ISSUANCE OF FURTHER REQUIREMENTS FOR OTHER ANIMAL SPECIES USED IN AGRICULTURAL LIVESTOCK FARMS**

In addition to the already existing guidelines specifically concerning laying hens, pigs, calves and broilers, the regulation of the keeping of other animal species is also absolutely necessary. In addition to rabbits, fish in aquaculture, turkeys, ducks, geese, turkeys, quails and dairy cattle, special requirements for the protection of cattle for fattening and fur animals



are also necessary in order to advance animal welfare throughout the EU and to ensure the necessary protection for these animals as well by regulating their housing conditions.

We also call for a strict ban on the force-feeding of ducks and geese for foie gras. This is also demanded by the European Parliament in its resolution of 10 June 2021 on the European Citizens' Initiative 'End the Cage Age': "(...); *calls on the Commission to put forward proposals to ban the cruel and unnecessary force-feeding of ducks and geese for the production of foie gras; (...)*" (European Parliament resolution of 10 June 2021 on the European Citizens' Initiative 'End the Cage Age' (2021/2633(RSP)), available at [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0295\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0295_EN.pdf)).

### **3. PROHIBITION OF INTERVENTIONS ON ANIMALS FOR THE PURPOSE OF ADAPTING TO HUSBANDRY SYSTEMS OR ECONOMIC DEMANDS**

The end of caging and restraint must be accompanied by a ban on interventions on animals for the purpose of adapting them to farming systems (such as tail docking, beak docking or the breaking out of canine teeth in male piglets) or adapting them to perceived market demands (such as castration of male piglets). Only by banning these practices will the animals' interest in integrity be adequately taken into account.

### **4. APPROVAL PROCEDURES FOR HOLDING FACILITIES**

The recent recommendations of the Standing Committee on the European Livestock Convention require that new husbandry methods, equipment or housing be thoroughly examined from the point of view of animal health and welfare. It mandates bindingly for its members, which include the EU and the Federal Republic of Germany: "*If tests are carried out, new procedures may not be introduced into agricultural practice until they have been found to be satisfactory.*" (compare e. g. Art. 8 para. 2 of the Recommendation of the



Standing Committee in relation to domestic fowl of the species Gallus Gallus of 28 November 1995).

An EU-wide approval procedure for husbandry systems is hereby expressly demanded. The assessment must be based on current scientific knowledge on animal behaviour; an independent assessment must be carried out by an independent authority which is not composed of agricultural interest groups.

## **5. BREEDING STANDARDS THAT BAN THE USE OF CRUELTY BREEDS FROM AGRICULTURAL LIVESTOCK FARMING**

We continue to demand concrete specifications for the breeding of animals, which up to now has been geared exclusively to economic factors such as a lot of meat, high laying performance, many teats, a lot of milk, etc. This means considerable suffering for the animals. This means considerable suffering for the animals and must be regulated by law. Only in this way can the value decision of Article 13 TFEU be implemented.

## **III. SLAUGHTER**

With the EU Animal Slaughter Regulation, the European Union sets standards in animal welfare at the time of killing. In the following, we would like to point out three points that are in urgent need of revision.

### **1. BAN ON CRUEL STUNNING METHODS – CO<sub>2</sub>**

In particular with the still permitted CO<sub>2</sub>-stunning, the EU Animal Slaughter Regulation contradicts itself and permits a stunning method that does not fit with the objective of the



Regulation – animal welfare – and also does not fit with the requirements laid down in the EU Animal Slaughter Regulation:

According to Art. 2 lit. f) EU Animal Slaughter Regulation, stunning is *"any deliberately applied method which causes an animal to become unconscious or insensible without pain, including any method resulting in instantaneous death;"*.

Article 3 (1) of the EU Animal Slaughter Regulation states: *"During killing and related operations, animals shall be spared any avoidable pain, distress and suffering."*

Since 2004 it has been scientifically established by EFSA that CO<sub>2</sub> stunning is cruelty to animals (so EFSA Journal (2004), 45, Welfare aspects of the main systems of stunning and killing the main commercial species of animals, available at <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2004.45>).

The EU itself could have acted on the basis of the EFSA opinion of 2004 and enacted the EU Animal Slaughter Regulation, which was only passed in 2009, without the cruel CO<sub>2</sub> stunning. On the part of the EU, however, knowing that CO<sub>2</sub> stunning is terrible animal cruelty, the EU Animal Slaughter Regulation was adopted in 2009 with this stunning method and emphasised in recital number 6 of the EU Animal Slaughter Regulation diametrically opposed to the animal welfare purpose of the regulation:

*"The recommendations to phase out the use of carbon dioxide in pigs and the use of water bath stunners for birds in poultry will not be incorporated in this Regulation as the impact assessment has shown that such a recommendation is currently not economically viable in the EU."*

The EU Animal Slaughter Regulation makes a mockery of itself by citing the CO<sub>2</sub> stunning method as a permitted method, because Co<sub>2</sub> stunning has nothing to do with the protection of animals and stunning without pain and also nothing to do with sparing animals any avoidable pain, stress and suffering, but is owed solely to economic interests. This is not in line with the EU's self-image as set out in Article 13 TFEU, which states that the EU respects



animals as sentient beings and takes full account of the welfare of animals as sentient beings. A recent study clearly states: „(...), high concentrations of CO<sub>2</sub> have been known for decades to cause pain, fear and distress in pigs before loss of consciousness, and the stunning method is clearly associated with animal welfare concerns." It criticises: "(...) Conclusion: It seems clear that high-concentration CO<sub>2</sub> stunning of pigs is associated with animal welfare concerns. Sixteen years have passed since 2004, when EFSA first stated that there was a need to develop non-aversive gas stunning methods for slaughter of pigs, and yet only 15 scientific peer-reviewed empirical studies were found addressing this issue (...)" (Sindhoj et. al. Review: Potential alternatives to high-concentration carbon dioxide stunning of pigs at slaughter, animal 2021, DOI: 10.1016/j.animal.2020.100164).

Only by banning CO<sub>2</sub> stunning can Article 13 TFEU be effectively taken into account.

## **2. BAN ON CRUEL STUNNING METHODS - WATER BATH STUNNING FOR POULTRY**

We continue to call for a ban on the stunning of poultry in electric water baths. As with CO<sub>2</sub> stunning of pigs, the EFSA has already highlighted the animal welfare problems of water bath stunning in 2004 (<https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2004.45>). Here too, we call for animal welfare Article 13 of the TFEU to be taken seriously and for long-known animal welfare problems, which are relevant in very high numbers throughout the European Union, to be brought to an end by banning this stunning method as well.

## **3. APPROVAL PROCEDURE AND PERIODIC INSPECTION REQUIREMENT FOR STUNNING AND RESTRAINING ESTABLISHMENTS**

In line with the approval procedures and testing obligations required above for husbandry systems in agricultural livestock enterprises, equipment, facilities and procedures used for



the killing of animals must also be approved, certified and subject to a regular testing obligation.

#### **4. PROMOTION AND FACILITATED CONDITIONS FOR MOBILE PASTURE SLAUGHTERING**

We also call for the expansion of mobile pasture-based slaughter systems through facilitated licensing and operating conditions, as well as the promotion of mobile pasture-based slaughter systems. There should be no restriction to individual animal species.

---

Dr. Christoph Maisack  
**First Chair**

Dr. Barbara Felde  
**Vice Chair**

